Dezember 1995

HTU-Team

Da uns nun nicht unbedingt erwünschte Neuwahlen ins Haus stehen, haben wir uns auf der Hochschülerschaft gedacht, es ist an der Zeit, gemeinsam unsere Vorstellungen einer künftigen Bildungspolitik zu erarbeiten. So hat sich eines schönen (eigentlich nebligen) Nachmittags ein Team zusammengefunden



Wolfgang Futter (FSL)

und folgende Haltung erarbeitet. Thema Nummer Eins für viele Studierende, da unmittelbar und finanziell dayon betroffen, ist die Familienbeihilfe. Wir wollen, daß die Familienbeihilfe in Zukunft-direkt

an die Studierenden ausbezahlt wird und zumindestens, wie bisher, bis zum 27. Lebensjahr

Weitere denkbare Modelle zur Vermeidung von Härtefällen wären etwa:

- Familienbeihilfe für die Durchschnittsstudiendauer plus ein Toleranzsemester pro Abschnitt
- Familienbeihilfe für einen Zeitraum von zehn Jahren ab Studiumsbeginn mit Altershöchstgrenze
- (Anrechnung von Wehr- und Wehrersatzdienst u. ä. auf das 27. Lebensjahr
- studentisches Grundeinkommen, ersetzt Familienbeihilfe und Stipendium, finanziert durch Akademikerzuschlag ab einer gewissen Einkommenshöhe (vorgestellt im Uni Libre)

In jedem Fall muß den Studierenden durch eine vernünftige Verdienstfreigrenze ein Leben über dem Existenzminimum gesichert

werden. Ein sicher ebenso wichtiges Thema, das oftmals durch die Medien geistert, sind Studiengebühren. Wir können uns derzeit keinesfalls Studiengebühren



Roland Krenn (LSF)

vorstellen, da diese den zentralen Grundsatz des freien Hochschulzugangs gefährden. Soziale Beschränkungen des Hochschulzugangs dürfen niemals existieren.

Studieren und Neuwahlen

Viel wichtiger hingegen ist eine Verbesserung der Entscheidungshilfen durch bessere Beratung vor dem Studium und auch am Beginn des Studiums.

Doch Bildungspolitik besteht nicht nur aus Familienbeihilfe und Studiengebühren, sondern betrifft auch die Universität selbst und auch



Angelika Gößler (BLATT)

diese in finanzieller Hinsicht, nämlich im Universitätsbudget. Wir fordern in erster Linie eine Aufhebung der Kameralistik, das ist eine hundertpro-

zentige Zweckbindung der Mittel im Budget, welche auch im Budgetjahr für den vorgesehenen Zweck ver- oder "miß"-braucht werden müssen da die Mittel ansonsten verfallen. Es muß für die Universitäten möglich sein, projektbezogene Rücklagen zu bilden (z.B.: für einen neuen Hörsaal).

Unserer Ansicht nach wäre ein globales Budget für jede Universität, über das sie frei verfügen kann und das aus den Kennzahlen aus Lehre und Forschung ermittelt wird, am sinnvollsten. Drittmittelforschung sollte nur zumindest gegen Vollkosten, prinzipiell aber mit der

Absicht auf Gewinnerzielung erlaubt sein. Ebenso sollten Privatgutachten ausschließlich über das Institut laufen dürfen. All dies muß der Kontrolle eines "Unirechnungshofes" sowie der moralischen und



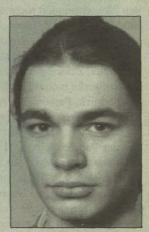
Olaf Hemsen (AG)

ethischen Kontrolle einer Menschenrechtskommission unterliegen und darf kein positives Kriterium für die Mittelzuteilung für das geforderte globale Budget sein. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Unabhängigkeit von Lehre und Forschung. Lehre und Forschung müssen grundsätzlich unabhängig von wirtschaftlichen und politischen Einflüssen sein. Sie müssen sich jedoch im Rahmen der

geltenden Gesetze befinden (z.B.: Verbots-

gesetz, Wiederbetätigung). Eine Freiheit der

Lehre muß auch eine Freiheit des Lernens sein. Im verpflichtenden Monopolbereich sollte jedoch die gleiche Kommission, die den Studierenden vorschreibt, was sie lernen müssen. auch die Lehrenden überprüfen und sie gegebenfalls, wenn die Eigenverantwortung nicht aus-



Markus Pirker

reicht, verpflichten dürfen, was sie lehren dürfen. In Zukunft sollten die Universitäten mehr Grundlagenforschung betreiben und sich mehr Zeit für genaueres Auseinandersetzen nehmen. Für die Studierenden muß die Einstiegsphase ins Studium verbessert werden.

In Zeiten des Internet und der EU machen wir uns auch Gedanken über die Internationalisierung unserer Universitäten. Als erstes fordern wir eine Verbesserung der Bedingungen für alle Studierende, die nicht aus EU-Ländern kommen, vor allem für Studierende aus Drittländern. Die internationale Ausrichtung darf sich nicht auf einen wissenschaftlichen Austausch mit der EU beschränken, und es soll sich keinesfalls eine Nivellierung nach unten ergeben. Schließlich geht es darum, besser zu werden und nicht Mittelmaß.

Doch nun wieder zum Ausgangspunkt dieses Artikels, den Neuwahlen. Es kann guten Gewissens gesagt werden, daß diese Neuwahlen unerwünscht waren und sind, uns keinesfalls weiterbringen, uns im Gegenteil sogar behindern und außerdem auch noch etliches Geld kosten. All dies Negative sollte euch jedoch keineswegs davon abhalten. Am 17.12. zur Wahl zu gehen. Es ist sogar sehr wichtig, daß alle Studierenden zur Wahl gehen, denn in gewissen Koalitionsvarianten wird die Welt für die Studierenden ganz anders aussehen, allerdings nicht unbedingt besser. Ein frohes "Gehet zur Wahl" (übrigens auch zur nächsten ÖH-Wahl.)

Im Team waren (in alphabetischer Reihenfolge):

Futter Wolfgang Gößler Angelika Hemsen Olaf Krenn Ronald Pirker Markus Salzmann Ingo WOFU@HTU.TU-GRAZ.AC.AT QUAXI@HTU.TU-GRAZ.AC.AT HEMSEN@HTU.TU-GRAZ.AC.AT MIATA@HTU.TU-GRAZ.AC.AT

SCHNUPPI@HTU.TU-GRAZ.AC.AT

Alle Mitglieder des Teams stehen für weitere Fragen zu diesem Thema jederzeit zur Verfügung.